

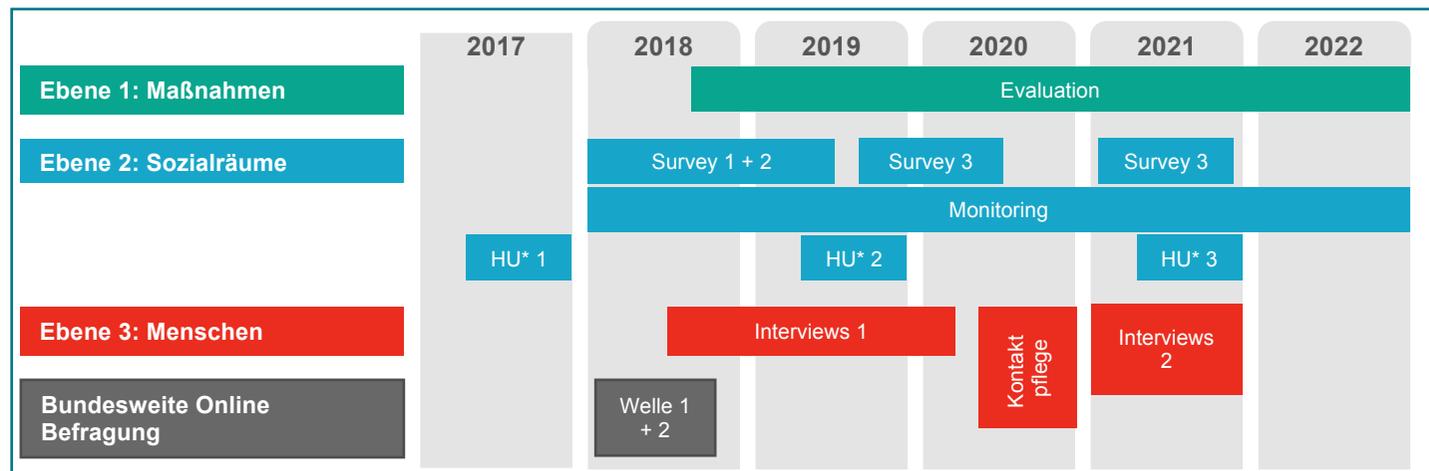
Begegnung und Barrierefreiheit

Zusammenfassung des wissenschaftlichen Zwischenberichts zur Initiative Kommune Inklusiv

Vorbemerkungen

Die folgenden Seiten widmen sich den bisherigen Arbeiten der wissenschaftlichen Begleitung zur Modellinitiative Kommune Inklusiv. Der Zwischenbericht legt die bis zum jetzigen Zeitpunkt ausgewerteten Daten – sogenannte Nullmessungen – vor, die den noch kommenden beziehungsweise noch nicht ausgewerteten Untersuchungen zum Vergleich dienen. Die bisherige Arbeit bildet also die Basis für das weitere wissenschaftliche Vorgehen. Kommune Inklusiv läuft seit dem Jahr 2017. Die hier beschriebenen Daten beziehen sich auf mehrere und teils unterschiedliche Erhebungszeitpunkte bis Mai 2020 und sind in jedem Abschnitt deutlich gemacht.

Zeitplan der wissenschaftlichen Begleitung



*HU = Handlungsfelduntersuchung

Zudem sei auf drei Dinge hingewiesen: Erstens können die Daten nur ausschnittshaft wiedergegeben werden, da ansonsten der Rahmen dieses Berichts gesprengt würde. Im Text sprechen wir anstelle von „Menschen mit geistiger Behinderung“ zweitens von „Menschen mit Lernschwierigkeiten“. Und drittens lassen sich Daten wie die der Begleitforschung teilweise bereits zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung wieder um neu erhobene Daten ergänzen. Dies ist ein Merkmal, das prozessorientiertes Arbeiten naturgemäß mit sich bringt. Inzwischen ist die Initiative vorangeschritten und weiteres Datenmaterial hinzugekommen. Manche Erkenntnisse haben sich verdichtet, andere verschoben. Spätere Veröffentlichungen werden diese Entwicklungen beschreiben. Der Abschluss von Kommune Inklusiv, und damit ein wissenschaftliches **Gesamtfazit**, ist für das Jahr **2023** geplant.

Inhalt

1. Rolle der Begleitforschung innerhalb von Kommune Inklusiv und Relevanz.....	4
2. Das Vorgehen der wissenschaftlichen Begleitung.....	5
3. Ergebnisse.....	7
3.1 Maßnahmenevaluation – Ebene 1.....	8
3.2 Sozialraumanalyse – Ebene 2.....	13
3.3 Einzelfallauswertung – Ebene 3.....	22
3.4 Bundesweite Inklusionsbefragung.....	25
3.5 Abschließende Einordnung.....	28
4. Ausblick.....	31
5. Weiterführende Informationen.....	33

1. Rolle der Begleitforschung innerhalb von Kommune Inklusiv und Relevanz

Das übergeordnete Ziel der Modellinitiative Kommune Inklusiv besteht darin, mehr Teilhabemöglichkeiten in den Sozialräumen Erlangen, Rostock, Schneverdingen, Schwäbisch Gmünd und der Verbandsgemeinde Nieder-Olm zu schaffen. Gemeinsam mit den dortigen Bürger*innen geht die Aktion Mensch seit Projektbeginn der Frage nach, wie sich Inklusionsarbeit effektiv, partizipativ und allem voran lokal gestalten lässt. Als Modellansatz zielt Kommune Inklusiv aber ebenso darauf ab, mit positivem Beispiel voranzugehen und Inklusion bundesweit zu stärken. Um beides gleichermaßen zu erreichen, ist es nötig, die während des Projekts gemachten Schritte, Erfahrungen und durchgeführten Maßnahmen genau zu erfassen und auf ihre Wirksamkeit zu untersuchen. Dafür ist eine objektive Instanz von außen nötig: die Begleitforschung.

Die wissenschaftliche Begleitung bildet neben Förderung, Professionalisierung, Prozessbegleitung und Wissenstransfer eine der fünf Säulen der Initiative Kommune Inklusiv.* Um für mehr Inklusion zu sorgen wird vor Ort an vielen Stellschrauben gedreht. So hat jede Modellkommune konkrete Zielgruppen definiert, deren Teilhabe sie durch verschiedene Angebote verbessern möchte. Übertragbarkeit steht dabei im Mittelpunkt: Mit dem Wissen, wie die Maßnahmen auf die definierten Zielgruppen wirken, sollen später weitere Zielgruppen in den Blick genommen und der Inklusionsprozess auf möglichst alle Menschen im Sozialraum ausgeweitet werden. Dieses Wissen greifbar und anwendbar zu machen, erfordert jedoch eine konstante systematische Aufzeichnung und Untersuchung des lokalen Vorgehens. Eben diese Aufgabe fällt der Begleitforschung zu.



Die Modellkommunen und die Aktion Mensch arbeiten mit renommierten Inklusionsforscher*innen der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der Philipps-Universität Marburg zusammen. Schon jetzt profitieren durch diese Kooperation Inklusionsmacher*innen in ganz Deutschland direkt von der Initiative. Aktive aus der Verwaltung, Vereinen, Verbänden, der Selbsthilfe, aber auch aus Unternehmen können bestehendes Datenmaterial für ihre Planungen nutzen. Die Begleitforschung ist also höchst relevant: Sie trägt dazu bei, Inklusion übergreifend voranzutreiben und dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft ein Stück näher zu rücken.

*Ausführliche Informationen zu Aufbau und Inhalt der Initiative Kommune Inklusiv finden Sie in der Broschüre „Inklusion vor Ort umsetzen“, die Sie unter www.kommune-inklusiv.de kostenlos anfordern oder als barrierefreies PDF herunterladen können.

2. Das Vorgehen der wissenschaftlichen Begleitung

Kommune Inklusiv wird vom Institut für Sonderpädagogik der Goethe-Universität Frankfurt am Main und vom Institut für Erziehungswissenschaften der Philipps-Universität Marburg begleitet und erforscht. Die beteiligten Wissenschaftler*innen erfassen den inklusiven „Zustand“ der Sozialräume und zeichnen hiervon ausgehend Veränderungen nach, die über den fünfjährigen Projektzeitraum entstehen. Das übergeordnete Ziel der Begleitforschung besteht also in einer Wirkungsmessung: Sie untersucht, was sich vor Ort in Sachen Teilhabe tut, und zeigt hierbei sowohl Schwierigkeiten als auch Fortschritte auf.

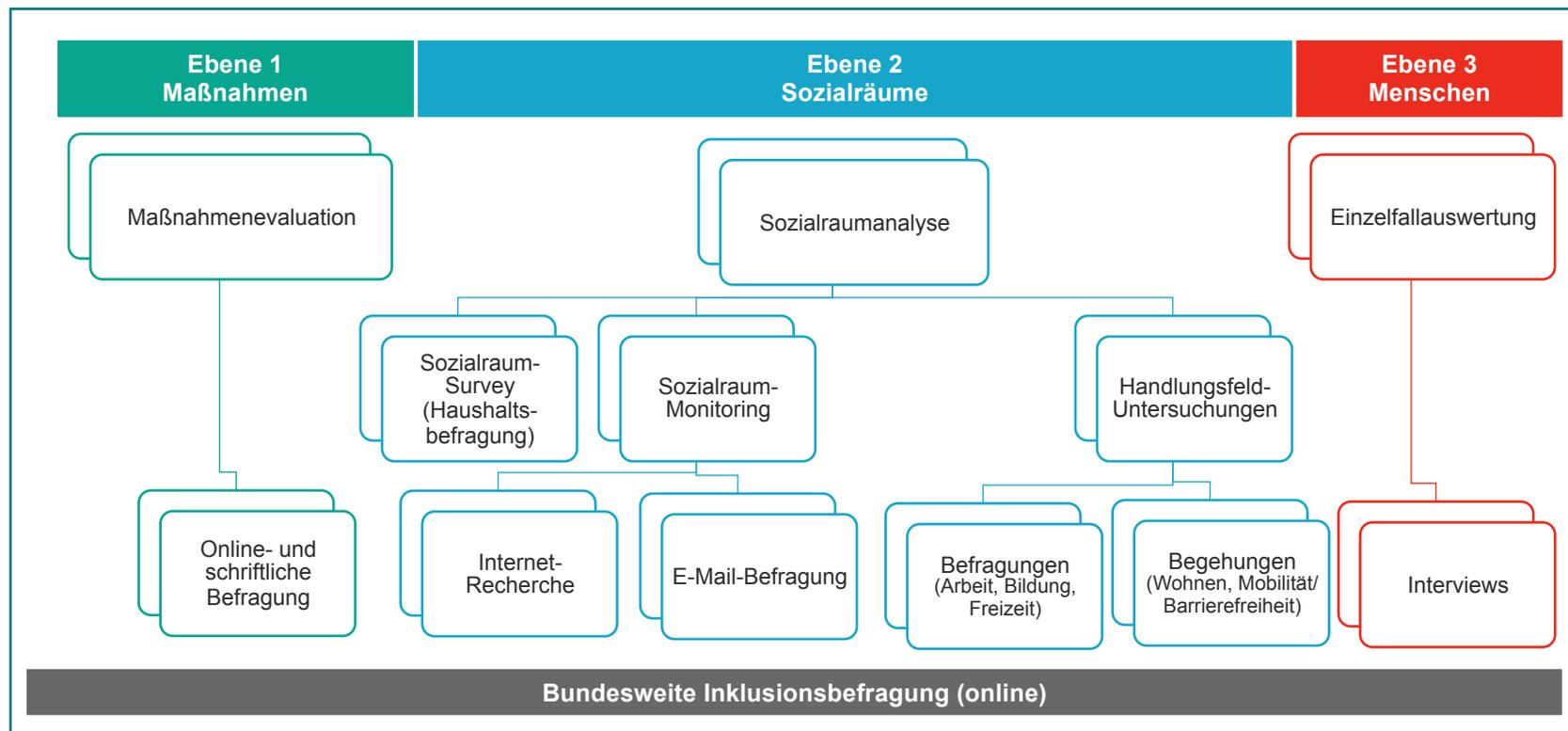
Dabei ist das **Vorgehen auf dreierlei Weise besonders**: Erstens fließen schon während des laufenden Forschungsprozesses etwaige Erkenntnisse in die Inklusionsarbeit der Kommunen zurück. So ist es möglich, neue Ideen direkt auszuprobieren und Maßnahmen sowie Strukturen praktisch vor Ort weiterzuentwickeln. Zweitens stellt eine Dokumentation sicher, dass die Modellkommunen über die Initiative hinaus von ihren Ergebnissen profitieren und Inklusion weiter fördern können, wobei dieses Wissen Sozialräumen bundesweit zur Verfügung steht. Einzigartig und ganz im Sinne des Projekts ist drittens das Forschen selbst: Um Menschen mit Lernschwierigkeiten und anderen Bedarfen in die Untersuchungen mit einzubinden, sind einige der Befragungen in Leichter Sprache formuliert.

Kommune Inklusiv heißt nämlich nicht nur, Inklusion andernorts zu fördern, sondern auch auf wissenschaftlicher Ebene so inklusiv wie möglich vorzugehen. Forschungsprojekte in der Größe, die Menschen mit Lernschwierigkeiten selbstverständlich berücksichtigen, gibt es im internationalen Diskurs eher selten. Die Wissenschaftler*innen von Kommune Inklusiv betreten hier Neuland. Inklusives Forschen bedeutet ebenso, die Bürger*innen zu aktivieren: Sie können an Befragungen teilnehmen oder sich zu tiefergehenden Untersuchungen bereiterklären und so direkt etwas dazu beitragen, die Daten aussagekräftig zu machen. **Partizipation** bildet also nicht nur ein generelles Ziel von Kommune Inklusiv, sondern ebenso eines ihrer Wesensmerkmale.

Das Untersuchungsdesign

Um Inklusion messen zu können, arbeiten die Forscher*innen auf drei Ebenen, die quantitative und qualitative Elemente verbinden: Sie untersuchen erstens die **Maßnahmen**, die die Modellkommunen für mehr Inklusion durchführen. Auf einer zweiten Ebene nehmen sie punktuelle Analysen in den **Sozialräumen** vor, wobei diese Analysen komplex sind und verschiedene Methoden kombinieren. Die **Menschen** stehen im Interesse der dritten Forschungsebene. Hier befragen die Wissenschaftler*innen vor Ort jene, die von Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind. Professor Dr. Hendrik Trescher von der Philipps-Universität Marburg ist für die Forschungsebenen 1 und 2 verantwortlich. Professor Dr. Dieter Katzenbach von der Goethe-Universität Frankfurt leitet Ebene 3.

Die in grün, blau und rot dargestellten Untersuchungen finden ausschließlich in den Modellkommunen Erlangen, Rostock, Schneverdingen, Schwäbisch Gmünd und der Verbandsgemeinde Nieder-Olm statt. Zusätzlich hat die Begleitforschung unter dem Titel „Einstellung(en) zu Inklusion“ online eine deutschlandweite Inklusionsbefragung durchgeführt. Sie bildet einen Referenzrahmen für die Erhebungen innerhalb der Modellkommunen. Das bedeutet, dass sie dabei hilft, deren Ergebnisse einordnen und mit den Trends im ganzen Land vergleichen zu können.



Um möglichst alle Menschen und Zielgruppen vor Ort in die Forschung einzubeziehen, ist kommunikative Barrierefreiheit entscheidend. So werden etwa auf Ebene 1 die Maßnahmen- und auf Ebene 2 die Sozialraum-Fragebögen in Leichte Sprache übersetzt. Bei den persönlichen Befragungen auf Ebene 3 ziehen die Wissenschaftler*innen unterstützend unter anderem Gebärdensprach-Dolmetscher*innen heran.

3. Ergebnisse

In diesem Kapitel finden Sie die Daten der ersten Erhebungen. Sie beziehen sich auf frühere und teils unterschiedliche Zeiträume. Da abhängig von der Ebene im Laufe des Projekts zwei oder drei Erhebungen stattfinden, ist dieser Zwischenstand zwar kein endgültiger, bildet hinsichtlich der Maßnahmenplanung aber einen wertvollen Rahmen für Kommune Inklusiv: Die Koordinator*innen können ihn für ihre Planungen nutzen. So beeinflussen die Daten die Entwicklung künftiger Angebote oder haben bereits die Entwicklung bestehender Angebote beeinflusst. Im Jahr 2018 gaben die Wissenschaftler*innen etwa Rückmeldungen aus dem Sozialraum-Survey auf Ebene 2 weiter ([siehe Seite 14f](#)). Die Koordinator*innen konnten die lokalen Maßnahmen auf diese Weise direkt an Wünschen und Bedarfen der Einwohner*innen ausrichten.

Es liegen sowohl quantitative als auch qualitative Daten vor. Quantitativ bedeutet, sie statistisch und beschreibend auszuwerten. Es lassen sich Aussagen über Verteilungen, Häufigkeiten und Verhältnisse treffen. Wie viele Menschen zum Beispiel auf die geschlossene Frage „Haben Sie Kolleg*innen mit Behinderung?“ mit „ja“ oder mit „nein“ antworten. Qualitativ hingegen heißt, mehr in die Tiefe zu gehen und an einzelnen Aussagen übergeordnete Strukturprobleme zu veranschaulichen und zu diskutieren. Mit geeigneten Methoden sind auch diese Aussagen oft verallgemeinerbar. Entsprechende Daten liefern etwa offene Fragen wie „Was bedeutet Inklusion für Sie?“

Zuletzt sei darauf hingewiesen, dass die wissenschaftliche Begleitung und die Aktion Mensch Inklusion und Barrierefreiheit in dieser Initiative jeweils in einem weiten Sinn verstehen. Während Inklusion eng gefasst ausschließlich die Teilhabe von Menschen mit Behinderung meint, bezieht sie weit gefasst alle Menschen mit ein, die situationsabhängig von Ausschluss bedroht oder betroffen sind. Zum Beispiel Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung, ältere Menschen, Menschen mit psychischen Erkrankungen, Kinder, Jugendliche oder Frauen. Barrierefreiheit verstehen Forschung und Aktion Mensch nicht nur als „rollstuhlgerecht“ oder als die Abwesenheit von Hindernissen im Bereich Mobilität, sondern gleichermaßen als barrierefrei in den Dimensionen Sehen, Hören, Lesen/Verstehen und Fremdsprache. Allerdings bleibt Barrierefreiheit auch auf diese Dimensionen nicht beschränkt - sie ist weitaus komplexer. Im Rahmen der Untersuchungen wird jedoch mit eben diesem fünfteiligen Verständnis gearbeitet.

3.1 Maßnahmenevaluation – Ebene 1

Ziel

Die Wissenschaft misst, wie die Menschen die Maßnahmen wahrnehmen, die in den Sozialräumen zur Förderung von Inklusion durchgeführt werden. Etwa einen Generationen-Treff oder einen Vortrag über psychische Erkrankungen. Sie möchte herausfinden, wie die Teilnehmer*innen derartige Angebote bewerten und wie nützlich sie diese finden. Außerdem stellt sie fest, wo die Teilnehmer*innen für die jeweilige Maßnahme beziehungsweise den Sozialraum als ganzen Weiterentwicklungspotenzial sehen. Mit einer gegebenenfalls folgenden zweiten Befragung untersucht sie den langfristigen Nutzen einer Maßnahme.

Methode und Instrument

Die Evaluation findet mit einem schriftlichen Fragebogen statt, den die Teilnehmer*innen entweder online oder als Printfassung ausfüllen. Er ist im Sinne der Initiative Kommune Inklusiv so gestaltet, dass er sich für Menschen mit und ohne Lernschwierigkeiten eignet. Die Teilnehmenden beantworten die Fragen auf einer dreistufigen Skala mit den Punkten „nein“, „zum Teil“/„vielleicht“ und „ja“. Dies birgt den Nachteil, wenig statistische Analysen machen zu können. Gleichzeitig hat es jedoch den Vorteil, dass die Antworten aller Befragten miteinander vergleichbar sind. Sprachlich haben die Wissenschaftler*innen abhängig von der Maßnahme je Fragebögen in schwerer und in Leichter Sprache erstellt. Die Versionen in Leichter Sprache richten sich an Menschen mit Lernschwierigkeiten und haben an verschiedenen Stellen zusätzliche Erläuterungen sowie Smileys. Letztere dienen dazu, die Antwortmöglichkeiten bildlich zu veranschaulichen.

Inhaltlich basiert jeder Fragebogen auf demselben Grundgerüst, ist aber individuell auf die jeweilige Maßnahme zugeschnitten.

- **Allgemein vergleichbare Elemente** lassen sich auf jede Maßnahme übertragen. Denn sie fragen grundlegende, allgemeinbewertende Aspekte ab. Zum Beispiel: Hat Ihnen das Angebot gefallen? War es leicht zu dem Angebot hinzukommen?
- **Maßnahmenspezifische Elemente** sind zwar für die jeweilige Maßnahme in ihrer Besonderheit angepasst, lassen aber Vergleiche zwischen einzelnen Maßnahmentypen zu, auch sozialraumübergreifend. Etwa zwischen allen Fort- und Weiterbildungen. Zum Beispiel: Waren die Informationen ausführlich genug? Wissen Sie durch das Angebot mehr als vorher?
- **Individuelle Elemente** beziehen sich auf eine konkrete Maßnahme. Sie sind offen gestaltet und lassen sich unmittelbar in die Sozialräume zurückspeiegeln. Die Teilnehmer*innen geben über freie Textfelder in eigenen Worten ihre Meinung wieder. Zum Beispiel: Was hat Ihnen an dem Angebot (nicht) gefallen? Welche Angebote sollte es sonst noch geben?
- Der Fragebogen schließt mit der Frage, ob sich die Teilnehmer*innen dazu bereiterklären, bei einer **Folgerhebung** mitzumachen.

Zeitpunkt und Rhythmus

Die oder der Teilnehmende beantwortet den Fragebogen direkt im Anschluss an die jeweilige Maßnahme. Erwartet die Begleitforschung bei einer Maßnahme längerfristige Effekte, folgt ein Jahr danach eine weitere Erhebung, sofern die oder der Teilnehmende zuvor zugestimmt hat.

Erhebung und Auswertung

Die Maßnahmenevaluation ist Ende Oktober 2018 gestartet. Die hier erfasste Auswertung basiert auf dem Datensatz vom 15. Mai 2020. Damit hat die Wissenschaft einen Zeitraum von rund 18 Monaten erfasst. Die Zahl der ausgefüllten Fragebögen lag zu diesem Zeitpunkt bei 455.

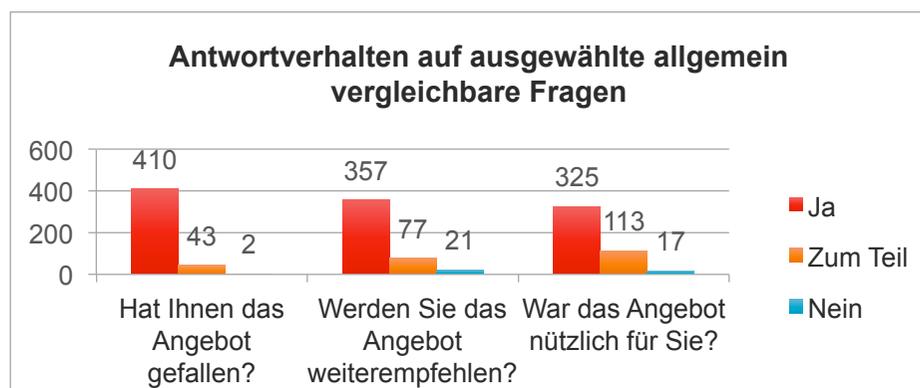
Ergebnisse

Insgesamt zeigt sich die erfreuliche Entwicklung, dass die Gesamtrückläufe der Fragebögen mit rund 73,66 % zuletzt deutlich gestiegen sind. Dabei beziehen sich die Spalten „Maßnahmen“ in der Tabelle ausschließlich auf jene Maßnahmen, zu denen es bereits Rückläufe gibt.

Entwicklung der Fragebögen-Rückläufe

Sozialraum	Stand: 1.12.2019		Stand: 15.5.2020		Anstieg der Rückläufe
	Maßnahmen	Rücklauf	Maßnahmen	Rücklauf	
Erlangen	5	82	14	220	+168,29 %
VG Nieder-Olm	6	26	6	39	+ 50,00 %
Rostock	2	24	3	37	+54,17 %
Schneverdingen	9	54	11	57	+ 5,56 %
Schwäbisch Gmünd	10	76	14	102	+ 34,21 %
Gesamt	32	262	48	455	+ 73,66 %

Zu den Maßnahmen selbst geben die Teilnehmer*innen sehr positive Rückmeldung. Es lässt sich allerdings (noch) nicht sagen, inwiefern dies die Meinung aller Bewohner*innen der Sozialräume wiedergibt. Dafür braucht es mehr beantwortete Fragebögen durch die breite Bevölkerung, auch durch jene, die Inklusion kritischer gegenüberstehen. Bislang hat die Wissenschaft vor allem Menschen erreicht, die dem Thema Inklusion ohnehin verbunden sind. Wie sich der wohlwollende Antwort-Trend entwickelt, beobachtet sie in den kommenden Jahren.



Die folgende Grafik zeigt ein beispielhaftes Ergebnis maßnahmen**spezifischer** Fragen. Sie vergleicht Angebote des Typs „Allgemeine Beratung, Information, Aufklärung“, der sozialraumübergreifend der Maßnahmentyp mit den meisten Rückläufen ist.*

		E-03	E-04	E-10	E-12	E-14	E-15	E-16	NO-01	NO-17	R-01	R-04	SV-02	SV-13	SV-17	SG-02	SG-03	SG-05	SG-07	SG-10	SG-11	Gesamt	E Gesamt	NO Gesamt	R Gesamt	SV Gesamt	SG Gesamt
Leicht erreichbar?	-	0	0	0	1	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	5	3	0	0	0	2
	/	0	3	0	2	0	0	1	0	0	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	9	6	0	2	0	1
	+	11	11	5	11	7	7	12	11	3	11	11	4	2	1	6	4	3	4	12	2	139	64	14	22	7	32
Gefallen?	-	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
	/	0	0	1	3	0	0	7	1	1	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	17	11	2	2	0	2
	+	11	14	4	11	7	9	5	10	2	10	12	4	2	1	8	4	2	4	14	1	135	61	12	22	7	32
Weiterempfehlen?	-	0	0	0	0	0	1	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	7	4	0	0	0	3
	/	1	0	0	4	0	0	3	2	0	2	1	0	1	0	3	0	1	0	0	0	18	8	2	3	1	4
	+	10	14	5	10	7	8	7	9	3	10	11	4	1	1	5	4	1	3	13	2	128	61	12	21	6	28
Nützlich?	-	0	0	0	1	0	0	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	4	1	0	0	0
	/	1	2	1	5	0	2	6	2	2	2	0	1	2	0	2	0	0	2	1	1	32	17	4	2	3	6
	+	10	12	4	8	7	7	4	8	1	10	12	3	0	1	6	4	3	2	13	1	116	52	9	22	4	29
Informationen verstanden?	-	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
	/	0	0	2	2	2	1	2	2	0	1	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0	16	9	2	3	0	2
	+	11	14	3	11	5	8	11	9	3	11	10	4	2	1	7	4	3	4	13	2	136	63	12	21	7	32
Zeit für Fragen?	-	0	1	0	2	0	0	5	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	9	8	0	1	0	0
	/	1	2	2	1	0	0	5	0	0	0	0	1	0	1	0	3	0	0	1	0	17	11	0	0	2	4
	+	10	11	3	11	7	9	3	11	3	11	12	3	2	0	8	1	3	4	13	2	127	54	14	23	5	31
Informationen ausführlich?	-	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	4	2	0	0	1	1
	/	0	2	3	4	0	0	6	1	0	6	3	1	1	0	1	3	0	0	1	1	33	15	1	9	2	6
	+	11	12	2	9	7	9	6	10	3	6	9	3	1	0	6	1	3	4	13	1	116	56	13	15	4	28
Alle Fragen beantwortet?	-	0	0	0	0	0	0	1	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	1	0	2	0	0
	/	1	3	3	7	3	1	10	2	0	3	2	1	1	1	3	3	0	1	3	1	49	28	2	5	3	11
	+	10	11	2	7	4	8	2	9	3	7	10	3	1	0	5	1	3	3	11	1	101	44	12	17	4	24
Wissensgewinn?	-	0	0	0	1	0	0	2	2	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	7	3	2	0	1	1
	/	1	3	3	4	0	1	6	2	0	2	1	1	2	0	2	1	1	1	1	0	32	18	2	3	1	6
	+	10	11	2	9	7	8	5	7	3	10	11	2	0	1	5	3	2	3	13	2	114	52	10	21	3	28

*Neben Typ 2 gibt es sieben weitere Maßnahmentypen: 1. Weiterbildung, Qualifizierung, Schulung; 3. Diskussions- und Arbeitsgruppen/ Workshops; 4. Etablierung von Freizeitangeboten; 5. Personenunabhängige Unterstützungsangebote; 6. Vermittlung und Übergang; 7. Hospitationen und 8. Ausstellungen.

Dass sich die Informations- und Aufklärungsangebote zwischen den Kommunen zahlenmäßig sehr ungleich verteilen, hat unter anderem damit zu tun, dass diese unterschiedliche Schwerpunkte setzen: Nicht jeder Sozialraum wählt die gleichen Maßnahmentypen, um sich dem Ziel von Kommune Inklusiv zu nähern. Beispielsweise engagiert sich die Verbandsgemeinde Nieder-Olm im Vergleich zu den anderen Sozialräumen sehr stark bei den Freizeitangeboten. Im hier dargestellten Bereich „Allgemeine Beratung, Information, Aufklärung“ ist sie hingegen nur mit zwei Maßnahmen vertreten.

Die Teilnehmenden der Angebote zeigen auch hier insgesamt ein zustimmendes Antwortverhalten. Dies lässt sich als Indiz dafür nehmen, dass sie die bisherigen Maßnahmen begrüßen und positiv wahrnehmen. Allerdings muss dies wiederum vor dem Hintergrund betrachtet werden, bislang wenig inklusionsfernere Menschen mit den Maßnahmen und damit auch den Fragebögen erreicht zu haben.

Den *Nutzen* der Angebote scheinen sie verglichen mit dem *Gefallen* ambivalenter einzuordnen. Dies könnte darauf hinweisen, dass bereits die Tatsache, dass vor Ort etwas Inklusionsbezogenes passiert beziehungsweise entsprechende Maßnahmen angeboten werden unabhängig vom jeweiligen Nutzen freudig aufgenommen wird. Neben der Frage „Nützlich?“ zeigt sich dies auch bei „Alle Fragen beantwortet?“ oder „Wissensgewinn?“. Dies lässt sich insgesamt als **Zuspruch für das Projekt** jenseits der Einzelmaßnahme sehen. Um eine wirkliche Aussage treffen zu können, sind an dieser Stelle jedoch schlicht mehr Daten erforderlich.

Durchgeführte Maßnahmen des Typs „Allgemeine Beratung, Information, Aufklärung“ in den Modellkommunen

E-03 Vortrag „Blind, aber nicht blöd“
E-04 Podiumsdiskussion „Die Sinne werden weniger, der...“
E-10 Inklusive Wahlkampfveranstaltung I
E-12 Vortrag „Einsamkeit“
E-14 Vortrag „Mythos und Realität. Kunst und Wahnsinn zwischen...“
E-15 Vortrag „Last und Leid. Kontinuitäten eines Menschenbildes“
E-16 Inklusive Wahlkampfveranstaltung II
NO-01 Apotheker*innen-Sprechstunde
NO-17 Arbeitgeber*innen-Frühstück
RO-01 Informationsveranstaltung „Zweisprachige Erziehung“
RO-04 Informationsveranstaltung „Ernährung“
SV-02 Arbeitgeber*innen-Treffen „Early Bird“
SV-13 Talkrunde „Sport für alle“
SV-17 Vortrag „Stressbewältigung“
SG-02 Arbeitgeber*innen-Treffen „Expert*innen-Forum“
SG-03 Informationsveranstaltung „Psychische Erkrankungen“
SG-05 Aufsuchende Informationsangebote
SG-07 Vortrag „Depressionen“
SG-10 Vortrag „Tourette-Syndrom“
SG-11 Vortrag „Schizophrenie“

Die freien Antworten im Fragebogen haben als direkte Rückmeldungen aus den Kommunen einen besonderen Wert (individuelle Elemente). Denn mit ihnen lassen sich die lokalen Maßnahmen weiter planen. Die nachfolgende Tabelle gibt beispielhaft einige ausgewählte Antworten auf offene Fragen wieder. Aus Gründen der Anonymität steht der Name der jeweiligen Maßnahme nicht dabei.

Ausgewählte Antworten auf ausgewählte offenen Fragen

	Erlangen	Verbandsgemeinde Nieder-Olm	Rostock	Schneverdingen	Schwäbisch Gmünd
Was hat Ihnen an dem Angebot gefallen?	<i>die lockere Atmosphäre, spannende Geschichte</i>	<i>Es war eine nette und informative Sprechstunde mit der sehr sympathischen Apothekerin aus Zornheim. Schade war, dass nur so</i>	<i>lockere Atmosphäre, praxisorientiert, abwechslungsreich</i>	<i>Ort, Zeit und Sachkompetenz der Moderatorin</i>	<i>Ich habe Neues über mich selbst gelernt.</i>
Was nicht?	<i>Mangel junger Menschen</i>	<i>wenige Mitbewohner an der Sprechstunde teilgenommen haben.</i>	<i>kein Handout</i>	<i>Vortragsunterstützung durch Powerpoint wäre hilfreich gewesen</i>	<i>Freitags wäre mir lieber.</i>
Welche Angebote sollte es sonst noch geben?	<i>Schnittstellen zwischen Jung und Alt oder Menschen ohne und mit Behinderung</i>	<i>Die Menschen wünschen sich beim Einkaufen mehr Barrierefreiheit. Bäcker, Metzger, usw.</i>	<i>sich direkt an bilinguale Kinder richten, gezielte Schulung für Eltern bilingualer Kinder</i>	<i>Info über Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung</i>	<i>Freizeitangebote Kommunikations-seminare</i>
Was muss im Sozialraum verändert werden?	<i>in der Bevölkerung noch mehr Informationen streuen und mehr Räumlichkeiten für Begegnungen schaffen</i>	<i>Demenzkranke möchten mehr Beschäftigung und auch kleine Spaziergänge. Flüchtlinge sicherlich Hilfe in der Stadt.</i>	<i>Einzelbetreuung für Personen, die sie brauchen</i>	<i>die Bereitschaft in den Unternehmen</i>	<i>noch mehr Offenheit, Kontaktfreude, keine Berührungängste Barrierefreiheit (auch geistige)</i>

3.2 Sozialraumanalyse – Ebene 2

Das Forschungsdesign der zweiten Ebene ist von allen dreien das umfangreichste. Hier analysiert die Wissenschaft, welche inklusiven Besonderheiten und Bedarfe die Modellkommunen haben, wie Inklusion vor Ort wirkt und inwieweit sich die Teilhabemöglichkeiten verändern – ob die Kommunen langfristig also inklusiver werden oder nicht. Dazu sammelt die Begleitforschung mithilfe des **Sozialraum-Surveys** Informationen zu den Themen Behinderung, Flucht und Demenz und gibt diese an die Koordinator*innen weiter. Im Rahmen des **Sozialraum-Monitorings** betrachtet sie öffentliche Einrichtungen und Veranstaltungen und prüft diese auf ihre Barrierefreiheit. Bei den **Handlungsfeld-Untersuchungen** schaut sie schließlich, inwiefern das Thema Inklusion v.a. in den Lebensbereichen Arbeit, Bildung und Freizeit berücksichtigt ist.

3.2.1 Sozialraum-Survey

Ziel

Der Survey richtet sich an die Menschen in den Modell-Sozialräumen. Mit ihm erfassen die Wissenschaftler*innen den jeweiligen Stand von Inklusion und vergleichen die Sozialräume im Zeitvergleich sowie miteinander. Dabei geht es vor allem um die alltägliche Situation von Menschen mit Behinderung, Fluchtmigrationshintergrund und Demenz.

Methode und Instrument

Beim Sozialraum-Survey handelt es sich um einen (Online-)Fragebogen, der aus geschlossenen und offenen Fragen besteht. Zunächst in Alltagssprache formuliert, ersetzte zum 1. Januar 2019 eine Version in Leichter Sprache den ursprünglichen Survey. So konnten auch Menschen mitmachen, die herkömmliche Schriftsprache nur eingeschränkt verstehen. Da die Rückläufe gering ausfielen, waren die Daten bei beiden Erhebungswellen allerdings wenig aussagekräftig. Zuletzt ist das Vorgehen deshalb im Sinne der Repräsentativität angepasst worden: Ein externes Marktforschungsinstitut hat den Fragebogen gestreut und Haushaltsbefragungen durchgeführt.

Zeitpunkt und Rhythmus

Die erste Version des Surveys war vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 abrufbar. Am 1. Januar 2019 ersetzte die zweite Version in Leichter Sprache den Ursprungssurvey. Dieser war ebenfalls online verfügbar. Von Dezember 2019 bis März 2020 wurde die Erhebung in einem dritten Anlauf in Form von Haushaltsbefragungen durchgeführt. Eine weitere Welle plant die Wissenschaft von September bis November 2021.

Erhebung und Auswertung

Die ersten zwei Survey-Versionen waren in den Jahren 2018 und 2019 im Umlauf. Ihre quantitative Auswertung gestaltet sich schwierig: Zum einen ist die Anzahl der Fragebögen für verlässliche Aussagen zu gering. Zum anderen erreichte die Wissenschaft kaum Menschen, die Inklusion kritisch gegenüberstehen. Nachfolgend werden deshalb nur qualitative Ergebnisse dargestellt, konkret ausgewählte Antworten auf die offene Aussage „Das könnte meine Kommune bei der Umsetzung von Inklusion verbessern“ aus der ersten Fragebogen-Version von 2018, die 469 Menschen erreichte. Daten aus der aktuellen Erhebungswelle liegen noch nicht vor.

Ergebnisse

Die Bewohner*innen vor Ort antworten dahingehend ähnlich, dass **übergreifend das Thema Barrierefreiheit Priorität** hat. Je nach Kommune kristallisieren sich jedoch weitere, teils unterschiedliche Anliegen heraus. So bezieht sich in **Erlangen** ein Großteil der Antworten zwar auf Barrierefreiheit, meist allerdings mit klarem Fokus auf Gehörlose beziehungsweise Hörbeeinträchtigte. Viele Menschen wünschen sich vor Ort auch mehr Information über und Sensibilisierung für Inklusion. Die Befragten aus der **Verbandsgemeinde Nieder-Olm** äußern sich ebenfalls vermehrt zu Barrierefreiheit. In **Rostock** sind sich die Bürger*innen abermals einig, dass ihre Kommune mehr für Barrierefreiheit tun könnte. Außerdem wünschen sie sich bessere und langfristige finanzielle Unterstützungen im Bereich Inklusion sowie mehr Veranstaltungen und Begegnungsmöglichkeiten im Freizeit-Bereich. Dies geht einher mit dem generellen Wunsch nach mehr Angeboten. Nicht zuletzt sprechen sich die Rostocker*innen für eine Sensibilisierung aus. Die **Schneverdingen***innen und die **Schwäbisch Gmünd***innen gehen wiederum vor allem auf das Thema Barrierefreiheit ein. Letztere messen dem Handlungsfeld Arbeit eine weitere hohe Wichtigkeit bei, ebenso herrscht ein Wunsch nach mehr Sensibilisierung.

Ausgewählte Antworten auf die Aussage „Das könnte meine Kommune bei der Umsetzung von Inklusion verbessern“

Erlangen	VG Nieder-Olm	Rostock	Schneverdingen	Schwäbisch Gmünd
Mehr Selbstverständlichkeit bei der Barrierefreiheit von Veranstaltungen (auch für nicht-mobilitätsbezogene Barrieren, z.B. Gebärdendolmetschung)	Barrierefreiheit verbessern Gehwege verbreitern, einfache Behörden-sprache verwenden, auf wirklich barrierefreie Eingänge von Läden, Kirchen, Geschäften und Behörden achten.	Barrierefreier Wohnraum, mehr Freizeit- und Sportangebote Mehr Projekte verwirklichen und finanziell fördern in diesem Bereich, Anreize für Inklusion schaffen	Abgesenkte Bordsteine; Gullideckel vom Fußweg Auf jeden Fall Barrierefreiheit und Behinderten WCs; Parkplätze, die nicht nur das Rollstuhlsymbol tragen, sondern auch deutlich größer sind	Arbeitsmöglichkeiten; Schaffung von barrierefreiem Wohnraum; öffentlichen Bereich barrierefrei gestalten; dem Begriff „barrierearm“ nicht so viel Raum geben Arbeit gegen Vorurteile Viel mehr Arbeitsstellen auf dem 1. Arbeitsmarkt
Private Einzelhändler, Gaststätten, Kulturanbieter, Ärzte sollten mehr für das Thema Inklusion interessiert werden	Durchsetzung von Parkraum für Behinderte freihalten.	Barrierefreie Toiletten verbessern; mehr Barrierefreiheit bei Ärzten, Behörden und Geschäften; Beratungsangebote in Leichter Sprache		

Erlangen	VG Nieder-Olm	Rostock	Schneverdingen	Schwäbisch Gmünd
<p>Barrierefreiheit für gehörlose Menschen, d.h. Gebärdensprachdolmetscher bei allen öffentlichen Bildungs- und Kulturveranstaltungen; Barrierefreiheit für schwerhörige Menschen, d.h. technische Ausstattung für Hörgeräteträger bei Bildungs- und Kulturveranstaltungen, z.B. auch induktive Höranlagen</p> <p>Gebärdensprache Pflicht überall (Behörden, Geschäfte, Bahnhöfe, etc.)</p> <p>Mehr Inklusion für Hörgeschädigte (Induktionsanlagen)</p> <p>Überall sollte die Kostenübernahme der Gebärdensprachdolmetscher selbstverständlich sein</p> <p>Mehr Informieren! Projekte aktiv in den sozialen Medien streuen. Aktionstage, Tage der offenen Tür, usw.</p>	<p>Wenn ich täglich mit meinem Kinderwagen umherwandel, muss ich sagen, dass hier noch sehr viel zu tun ist. Bus behindertengerecht.</p>	<p>Politische und gesellschaftliche Haltung durch gut postierte Werbung, Lesungen etc. verändern; soziales Miteinander fördern durch finanzielle Unterstützung sozialer Projekte nicht nur zeitlich begrenzt in Projektform sondern verpflichtend</p> <p>Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und beim Wohnungsbau stärken</p> <p>Mehr finanzielle Mittel bereitstellen; mehr Anreize schaffen für Arbeitgeber behinderte Menschen in Arbeit außerhalb der Werkstätten einzusetzen; im Freizeitbereich mehr Möglichkeiten in Vereinen schaffen</p> <p>Öffentliche Gebäude (Schwimmhalle, Universität) besser zugänglich machen; mehr Veranstaltungsangebote schaffen</p> <p>Öffentliche Werbemaßnahmen auf Bus und Bahn; Sportliche Veranstaltungen in Kombination mit Inklusion, Projektförderung zum Thema Inklusion</p> <p>Alle Wege barrierefrei (häufig fehlen beispielsweise Bordsteinabsenkungen); konsequentes Strafzettelverteilen/ Abschleppen von Autos, die Bordsteinabsenkungen zustellen/zuparken</p> <p>Finanzielle Mittel bereitstellen um Projekte, Baumaßnahmen zu fördern</p> <p>Noch mehr Angebote für Ältere, ebenso Angebote für junge Leute, Schulen</p>	<p>Ausreichend barrierefreie Bordsteinabsenkungen und ebene Flächen (keine Kopfsteinpflaster) herstellen</p> <p>Bessere Eingangsmöglichkeiten bei diversen Supermärkten, Läden, etc. (für Rollstuhlfahrer)</p> <p>Barrierefreiheit, Parkplätze, in die auch ein großes Fahrzeug mit Rollstuhlrampe gut rein passt, Toiletten für Rollstuhlfahrer, für die man keinen Schlüssel benötigt</p>	<p>Mehr Akzeptanz und Toleranz bei den Mitbürgern durch gemeinsame Projekte</p> <p>Mehr Arbeitsmöglichkeiten in der freien Wirtschaft für Menschen mit Behinderung</p> <p>Mehr sichere inklusive Arbeitsplätze</p> <p>Offenere Leute, keine Vorurteile und ganz wichtig ist mir die Barrierefreiheit in der ganzen Stadt sowie Läden, Restaurants; Menschen mit Behinderung sollten die Möglichkeit haben, auf dem freien Arbeitsmarkt zu arbeiten</p> <p>Randstein abschrägen oder niedriger für Rollifahrer; mehr Unterstützung für blinde Bürger; Rampen und Aufzüge in Gebäuden; Läden rollstuhlgerecht; öffentliche Veranstaltungen mehr auf Menschen mit Behinderung ausrichten</p> <p>Barrierefreiheit verbessern, Aufsteller vom Gehweg nehmen, Randsteine sind zu hoch, Schulen barrierefrei ausstatten, Arbeitsplätze anbieten</p> <p>Mehr Angebote für Menschen mit Demenz und deren Angehörige</p>

3.2.2 Sozialraum-Monitoring

Ziel

Die Wissenschaftler*innen prüfen die barrierefreie Zugänglichkeit von Veranstaltungen in den Sozialräumen und legen etwaige Veränderungen im Laufe der Zeit offen. Sie untersuchen Märkte, Ausstellungen, Musik- und Sportereignisse oder Ausflüge. Barrierefreiheit umfasst dabei die Dimensionen Mobilität, Sehen, Hören, Lesen/Verstehen und die Fremdsprache Englisch.

Methode und Instrument

Gemeinsam mit vier Expert*innen hat die Begleitforschung einen Kriterienkatalog aufgestellt und die Kategorien „nicht barrierefrei“, „barrierefrei“ und „eingeschränkt barrierefrei“ entwickelt. Darauf aufbauend forscht sie in zwei Schritten. Schritt 1 ist eine Internet-Recherche, bei der sie der Frage „Welche Informationen gibt es über die barrierefreie Zugänglichkeit der Veranstaltung?“ nachgeht. Im zweiten Schritt folgt ein schriftliches Interview via E-Mail mit der jeweils verantwortlichen Person, um die Informationen aus der Internet-Recherche zu bestätigen oder zu erweitern. Die Wissenschaftler*innen fragen hier: „Inwiefern ist die Veranstaltung barrierefrei zugänglich?“ Um die Kommunen vergleichen zu können, gehören die Veranstaltungen einem ähnlichen Bereich an und finden zu ähnlicher Zeit statt.

Zeitpunkt und Rhythmus

Das Monitoring läuft seit Oktober 2017 und erstreckt sich über den gesamten Projektzeitraum. Jeden Monat untersuchen die Wissenschaftler*innen eine Veranstaltung pro Kommune.

Erhebung und Auswertung

Die Ergebnisse beziehen sich auf den Zeitraum von Oktober 2017 bis einschließlich Dezember 2019. Dabei haben die Forscher*innen 161 Veranstaltungen erfasst. Eben diese Langfristigkeit bildet eine Stärke des Sozialraum-Monitorings.

Ergebnisse

Welche Informationen gibt es über die barrierefreie Zugänglichkeit der Veranstaltung?

Fast drei Viertel aller untersuchten Veranstaltungen weisen keinerlei Informationen zu ihrer Zugänglichkeit aus (71,5 %). So ist es bei der Mehrheit der untersuchten Veranstaltungen in Schneverdingen, der VG Nieder-Olm und Schwäbisch Gmünd (82,8 %, 82,1 % und 79,3 %), wogegen es in Erlangen und Rostock jeweils „nur“ 62 % beziehungsweise rund die Hälfte betrifft. Die größeren Sozialräume scheinen bei ihren Online-Auskünften über Barrierefreiheit also etwas weiter als die kleineren zu sein. Dabei gibt es im Bereich Mobilität am häufigsten Informationen: Sozialraumübergreifend informieren online 26,4 % der Veranstaltungen über mobilitätsbezogene Barrierefreiheit. Auch in den Dimensionen Sehen (5,7 %) sowie Hören (8,1 %) und Fremdsprache Englisch (5,2 %) lagen Informationen vor – wenn auch seltener. Im Bereich Lesen/Verstehen

konnten in Bezug auf 2,3 % der untersuchten Veranstaltungen Informationen über eine entsprechende barrierefreie Ausgestaltung gefunden werden, was deutlich weniger ist. Für Menschen mit entsprechenden Unterstützungsbedarfen gibt es also seltener Informationen über die barrierefreie Zugänglichkeit.

Inwiefern ist die Veranstaltung barrierefrei zugänglich?

Im Bereich Mobilität sind mit 54,7 % deutlich mehr Veranstaltungen barrierefrei als in den anderen Dimensionen.

Anteil der Veranstaltungen, die als barrierefrei kategorisiert wurden (nach Dimension)

	Mobilität	Sehen	Hören	Lesen/Verstehen	Fremdsprache (Englisch)
Erlangen	43,8 %	0 %	0 %	12,5 %	12,5 %
VG Nieder-Olm	66,7 %	4,2 %	0 %	12,5 %	4,2 %
Rostock	60 %	0 %	0 %	10 %	0 %
Schneverdingen	55,6 %	0 %	0 %	22,2 %	5,6 %
Schwäbisch Gmünd	47,4 %	0 %	0 %	10,5 %	5,3 %
Gesamt	54,7 %	0,8 %	0 %	13,5 %	5,5 %

Es fällt auf, dass die Verbandsgemeinde Nieder-Olm den anderen Kommunen im Bereich Sehen ein wenig voraus zu sein scheint. Hier können 4,2 % der untersuchten Veranstaltungen als visuell barrierefrei verzeichnet werden, wobei auch dieser Anteil sehr gering ist. Im Bereich Hören gestalten sich Veranstaltungen nirgendwo umfassend barrierefrei. Barrierefrei in der Dimension Lesen/Verstehen sind durchschnittlich 13,5 % aller untersuchten Veranstaltungen und im Bereich der Fremdsprache Englisch sind es durchschnittlich 5,5 %.

Anteil von Veranstaltungen mit unterschiedlichen Graden der Barrierefreiheit (nach Kommune)

	mindestens in einer Dimension barrierefrei	mindestens in einer Dimension eingeschränkt barrierefrei	in keiner Dimension barrierefrei
Erlangen	52,9 %	17,6 %	29,4 %
VG Nieder-Olm	76 %	20 %	4 %
Rostock	60 %	30 %	10 %
Schneverdingen	77,8 %	5,6 %	16,7 %
Schwäbisch Gmünd	63,2 %	26,3 %	10,5 %
Gesamt	66 %	19,9 %	14,1 %

Es ist problematisch, dass sich der Anteil bei „mindestens in einer Dimension barrierefrei“ größtenteils aus einer Einstufung als mobil barrierefrei ergibt. Insgesamt lässt sich festhalten: Erstens gestaltet es sich schwierig, online Informationen zu barrierefreier Zugänglichkeit zu finden. Zweitens besteht sozialraumübergreifend in allen Dimensionen der Barrierefreiheit Weiterentwicklungspotenzial, auch wenn bei einigen Veranstaltungen Barrierefreiheit in der einen oder anderen Dimension als Idee bereits vorhanden oder umgesetzt ist.

3.2.3 Handlungsfeld-Untersuchungen

Ziel

Um Teilhabebarrrieren und -möglichkeiten zu erschließen und im Laufe der Zeit Veränderungen nachzuzeichnen, untersucht die Wissenschaft die Handlungsfelder Arbeit, Bildung, Freizeit, Wohnen und als Querschnittsthema Barrierefreiheit. Zudem ist es ihr Anliegen, vor Ort die Lebenswirklichkeiten von durch Ausschluss bedrohten oder betroffenen Menschen zu vergleichen – konkret die von Menschen mit Behinderung, Menschen mit Fluchtmigrationshintergrund und Menschen mit Demenz.

Methode und Instrument

Abhängig vom Handlungsfeld kommen unterschiedliche Instrumente zum Einsatz: In den Feldern Arbeit, Freizeit und Bildung führen die Wissenschaftler*innen **Befragungen** durch, während sie beim Feld Wohnen **ethnographische Sozialraumbegehungen** vornehmen. Barrierefreiheit betrifft als Querschnittsthema alle Handlungsfelder.

Befragungen: Im Bereich *Arbeit* erfolgen Vor-Ort-Interviews mit Arbeitnehmer*innen, im Bereich *Freizeit* telefonische Interviews. Die Begleitforschung spricht mit den Leitungskräften von Freizeiteinrichtungen und -angeboten. Im Bereich *Bildung* finden die Befragungen online statt und richten sich ebenfalls an Leitungskräfte. Die Koordinator*innen stehen den Wissenschaftler*innen hier unterstützend zur Seite: Sie sind es, die per E-Mail die Verantwortlichen von Kindertagesstätten und Schulen kontaktieren und ihnen den Befragungslink weiterleiten. Alle Befragungen arbeiten mit einem Fragebogen. Inhaltlich behandelt er die Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Fluchtmigrationshintergrund beziehungsweise Demenz, wobei Demenz in den Handlungsfeldern Arbeit und Bildung nicht untersucht wird.

Ethnographische Sozialraumbegehungen: Als qualitative Untersuchungsmethode erlauben sie es, mit Teilhabebarrrieren einhergehende Herausforderungen an Einzelfällen zu diskutieren. Der jeweilige Einzelfall lässt sich wiederum auf die übergeordnete Strukturfrage anwenden und ermöglicht so auch allgemein gültige Aussagen. Die Wissenschaftler*innen nähern sich den Sozialräumen an und betrachten die Welt mit den Augen der darin lebenden Menschen. Dafür begeben sie sich selbst ins Feld, forschen nach Barrieren und Möglichkeiten, diese zu überwinden. Etwa im öffentlichen Nahverkehr, in der Verwaltung, beim Einkaufen oder bei Freizeitaktivitäten. Ihre Erfahrungen halten sie schriftlich fest.

Zeitpunkt und Rhythmus

Die Befragungen und Begehungen erfolgen dreimal: am Anfang (2017), in der Mitte (2019) und am Ende des Projekts (2021).

Erhebung und Auswertung

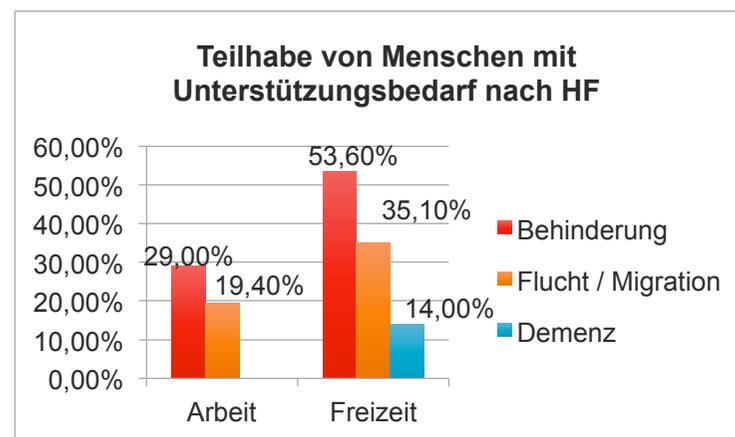
Die Daten der **Handlungsfelder** Arbeit, Bildung und Freizeit stammen aus der ersten Erhebungswelle von 2017, bilden also die Nullmessung. Im ersten Handlungsfeld führte die Wissenschaft 158 Interviews, im zweiten 109 und im dritten 235. Die Rücklaufquote im Bereich Bildung fällt gering

aus, sodass die dazugehörigen Ergebnisse kaum Aussagekraft haben. Diese Problematik hat sich in der zweiten Welle (2019), die derzeit ausgewertet wird, wiederholt. Die erste Welle der **Sozialraumbegehungen** fand im Februar und März 2017 statt. Die Begehungen aus dem zweiten Halbjahr 2019 werden aktuell ebenfalls ausgewertet.

Ergebnisse der Befragungen

Arbeit: Der Anteil der Menschen, der Kolleg*innen mit Behinderungen hat, liegt durchschnittlich bei 29 %. Der Anteil in Schneverdingen fällt mit 5,9 % am geringsten aus, in Rostock und Schwäbisch Gmünd mit 48,8 und 42,9 % am höchsten. Dabei arbeiten in Rostock / Schwäbisch Gmünd 34,1 % / 28,6 % dieser Befragten mit Leuten mit Mobilitätseinschränkungen zusammen. Auch insgesamt zeigt sich, dass vor allem Menschen mit Mobilitätseinschränkungen mit den Interviewten den Arbeitsplatz teilen. Deutlich seltener gilt dies für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Kolleg*innen mit Fluchtmigrationshintergrund haben sozialraumübergreifend 19,4 % der Befragten.

Freizeit: Menschen mit Demenz machen bei 14 % aller untersuchten Angebote mit, Menschen mit Fluchtmigrationshintergrund bei 35,1 % und Menschen mit Behinderung schließlich bei über der Hälfte (53,6 %). Dabei bestehen in Bezug auf die Behinderungsart teils Unterschiede zwischen den Freizeitangeboten. Auch hier überwiegt der Bereich Mobilität deutlich die Bereiche Sehen, Hören und Lernschwierigkeiten. Den geringsten Anteil haben im Handlungsfeld Freizeit hörbehinderte (16,1 %) und sehbehinderte Menschen (15,3 %). Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen besuchen die untersuchten Freizeitaktivitäten am häufigsten. Dem folgen Menschen mit Lernschwierigkeiten, deren Teilhabe innerhalb der einzelnen Sozialräume sehr unterschiedlich ausfällt.



Die Ergebnisse zu *Freizeit* und *Arbeit* lassen sich außerdem anhand der Haltung gegenüber einer möglichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Fluchtmigrationshintergrund und Demenz systematisieren: Interviewpersonen aus dem Bereich Freizeit sind im Gros offener gegenüber der Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Fluchtmigrationshintergrund oder Demenz als jene aus dem Bereich Arbeit. Dies zeigt die folgende Tabelle.

Einstellung gegenüber einer möglichen Teilhabe bestimmter Menschen mit Unterstützungsbedarf (nach Typ)

	voll ablehnend	teilweise ablehnend	(noch) zurückhaltend	offen
Arbeit (Ø)	16,8 %	52,7 %	18,8 %	11,6 %
Freizeit (Ø)	5,6 %	29,2 %	38,1 %	27,2 %

Bildung: Der Anteil der untersuchten Kindertagesstätten, in die auch Kinder mit Fluchtmigrationshintergrund gehen, liegt bei 56,6 %. Kinder mit Behinderung gibt es in 61,9 % der Fälle. Dabei gehören nicht Mobilitätsbeeinträchtigungen, sondern kognitive beziehungsweise andere Beeinträchtigungen zu den häufigsten Behinderungsformen. Besonders selten kommen dagegen Seh- beziehungsweise Hörbehinderungen vor (2,5 % / 5,8 %). Der Anteil der untersuchten Schulen, in die auch Schüler*innen mit Fluchtmigrationshintergrund gehen, liegt sozialraumübergreifend bei 88,4 %, Schüler*innen mit Behinderung finden sich an 68,6 %. Der durchschnittliche Anteil der jungen Menschen mit Behinderung an Schulen ist also etwas höher als an Kindertagesstätten. In Schneverdingen sind junge Menschen mit Behinderung sogar an allen untersuchten Schulen vertreten. Der durchschnittliche Anteil der Schulen, die auch von Schüler*innen mit Sehbeeinträchtigungen oder Blindheit besucht werden, liegt bei 6,7 % und ist mit Blick auf die übrigen Behinderungs-Dimensionen der niedrigste. In durchschnittlich 45,1 % besuchen jedoch hörbeeinträchtigte oder gehörlose Kinder die untersuchten Schulen vor Ort. Dies ist ein sehr hoher Wert, insbesondere mit Blick auf den Anteil von 5,8 % bei den Kitas.

Ergebnisse der Begehungen

Während der ersten Begehungsrunde hat sich gezeigt, dass in allen Sozialräumen Bewusstsein für Teilhabebarrrieren herrscht und dass bereits entsprechende Veränderungen vorgenommen worden sind. Trotzdem stößt man überall noch immer auf Hindernisse. Ein zentrales Problem besteht darin, dass barrierefreie Zugänge oft mit Sonderwegen verbunden sind. Dadurch entstehen zwar Teilhabemöglichkeiten, gleichzeitig werden aber Menschen, die diese Zugänge brauchen, eben in gewisser Weise „besondert“ und abhängig gemacht. Das ist die Zwiespältigkeit von Barrierefreiheit: Durch explizite Hinweise auf sie wird sie zu etwas, das Distanz schafft. Die Zugangsthematik veranschaulicht außerdem, wie häufig Barrierefreiheit mit „rollstuhlgerecht“ gleichgesetzt wird. Auch ist nicht immer klar, was eine bestimmte Einrichtung darunter versteht. Dies führt zu Problemen, wenn sich Zugänge oder Aktivitäten, die barrierefrei genannt werden, nicht uneingeschränkt nutzen lassen. Drei beispielhafte Auszüge aus den Protokollen veranschaulichen die Probleme, die im Rahmen von Barrierefreiheit auftreten.

Beispielhafte Auszüge aus den Protokollen der Sozialraumbegehungen

Es zeigt sich, inwieweit Veränderungen, die im Sinne von „Barrierefreiheit“ vorgenommen werden, oftmals nur punktuell sinnvoll sind und anderenorts eher Barrieren erzeugen als diese abzubauen. Es ist eine große Herausforderung, Umbaumaßnahmen so vorzunehmen, dass tatsächlich Barrieren verringert und nicht eher verschoben oder (re-)produziert werden. (Rostock)

Auch hier zeigt sich, dass es schwierig ist, Bestandsbauten so zu verändern, dass sie stufenlos betreten werden können. Insofern ist es positiv, dass der Bedarf eines barrierefreien Eingangs bedacht und umgesetzt wird. Dennoch kann problematisiert werden, dass auf diese Art und Weise Personen, die auf einen stufenlosen Eingang angewiesen sind, ein Stück weit von der Mehrheitsgesellschaft getrennt werden. (Schwäbisch Gmünd)

Menschen, die innerhalb der VG Nieder-Olm nicht auf einen PKW zurückgreifen können, werden ein Stück weit immobil und dadurch in ihren Teilhabemöglichkeiten am sozialen und kulturellen Leben außerhalb ihres unmittelbaren Wohnortes eingeschränkt.

3.2.3 Zusammenfassung für Ebene 2

Auch wenn die Daten noch eine geringe Aussagekraft haben, so entsteht ein Eindruck, wie vielfältig und deutlich die Barrieren häufig (noch) sind und bei welchen Unterstützungsbedarfen wie stark gehandelt werden sollte. In allen fünf Sozialräumen herrscht Bewusstsein dafür, dass viele Menschen besondere Bedarfe haben. Entsprechend haben sie bereits übergreifend einiges für barrierefreie Teilhabe unternommen. Dennoch ist es keineswegs so, dass eine bestimmte Gruppe mit Unterstützungsbedarf in einer der Modellkommunen auf besonders wenige Barrieren stößt. Es gibt keine inklusiven Schwerpunkte, sprich, keine Kommune ist etwa besonders gut für Gehörlose oder Menschen mit Mobilitätsbeschränkungen ausgestattet. Generell scheinen jedoch viele Menschen Barrierefreiheit aus der Perspektive letzterer zu verstehen. Das Thema ist jedoch nicht nur für Menschen mit (Mobilitäts-)Behinderung relevant, sondern ebenso für Menschen mit Fluchtmigrationserfahrung oder Demenz. Die Handlungsfeld-Untersuchungen zeigen, dass deren *Teilhabemöglichkeiten* und *tatsächliche* Teilhabe im Bereich Freizeit deutlich höher ausfallen als im Bereich Arbeit. **Freizeit hat ein besonderes Potenzial, Barrieren abzubauen, Begegnung zu schaffen und somit Teilhabemöglichkeiten für unter anderem Menschen mit Demenz, Fluchtmigrationshintergrund oder Behinderung zu schaffen.** Das Sozialraum-Monitoring und die Begehungen kommen dabei zu dem Schluss, dass insbesondere Menschen mit Seh- und mit Hörbeeinträchtigungen von Ausschluss bedroht oder betroffen sind. Orte und Veranstaltungen sind für sie sehr selten barrierefrei ausgestattet, ebenso wenig für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Das Sozialraum-Monitoring zeigt außerdem, wie schwierig es ist, im Internet überhaupt Informationen über die Barrierefreiheit von Veranstaltungen zu finden. Hier wird ebenso deutlich, dass insbesondere Menschen mit Unterstützungsbedarfen in den Bereichen Hören, Sehen, Lesen/Verstehen und Fremdsprache Ausgrenzung erleben. Hinsichtlich des Bereichs Mobilität gibt es dennoch weiterhin Bedarf. Bei genauerer Betrachtung der Handlungsfelder Arbeit und Freizeit zeigt sich, dass ein großer Anteil der befragten Personen gegenüber einer Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichen Unterstützungsbedarfen zwar teilweise verhalten, im Großen und Ganzen jedoch eher offen eingestellt ist. An dieses Inklusionspotenzial gilt es anzuknüpfen, etwa mit bewusstseinsbildenden und sensibilisierenden Maßnahmen sowie durch Begegnung vor Ort (siehe Seite 28).

3.3 Einzelfallauswertung – Ebene 3

Ziel

Hier beleuchtet die Wissenschaft die Perspektive derjenigen, die vor Ort von Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind. Dazu spricht sie einerseits mit Menschen, die in den Modellkommunen als Zielgruppen definiert sind (*Adressat*innen*). Gleichzeitig führt sie Gespräche mit *Selbstvertreter*innen*. Sie gehören ebenfalls zu den Zielgruppen, repräsentieren diese aber darüber hinaus auch offiziell. Das heißt, sie setzen sich in der Modellkommune aktiv für ihre jeweilige Gruppe ein. Zum Beispiel als Vorsitzende*r eines Selbsthilfeverbands. Die Wissenschaft veranschaulicht an den Adressat*innen und der Selbstvertretung Umsetzungsfragen, Schwierigkeiten und Effekte von Kommune Inklusiv und zeichnet diese zeitlich nach.

Methode und Instrument

Die Wissenschaft führt persönliche Vor-Ort-Gespräche. Sowohl für die Adressat*innen als auch die Selbstvertreter*innen hat sie je einen eigenen Interview-Leitfaden entwickelt. Die Adressat*innen-Gespräche finden als teilnarrative Interviews mit einer Dauer von 60 bis 90 Minuten statt. Die Befragten geben mal mehr, mal weniger *erzählerisch* Auskunft über ihre Lebensgeschichte, ihre Lebenssituation und ihre Erfahrungen mit Kommune Inklusiv. Die Gespräche mit der Selbstvertretung sind hingegen als Expert*innen-Interviews angelegt. Hier liegt der Fokus nicht auf den persönlichen Erfahrungen der Befragten. Sie werden vielmehr in ihrer offiziellen Rolle wahrgenommen und zu Lebenslage sowie aktuellen Anliegen der jeweils vertretenen Zielgruppe befragt. Ein Interview dauert rund 45 Minuten.

Pro Sozialraum gibt es Interviews mit vier Zielgruppen. Um die Sozialräume vergleichen zu können, befindet sich darunter immer die Gruppe der Menschen mit Lernschwierigkeiten. Zudem ist überall eine Gruppe *keine* offiziell definierte Projekt-Zielgruppe. Die Wissenschaftler*innen erhoffen sich so Hinweise darauf, inwieweit Kommune Inklusiv über die direkt adressierten Zielgruppen hinaus wirkt. Insgesamt befragen sie folgende Gruppen:

- gehörlose Menschen
- schwerhörige Menschen
- Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Menschen mit seelischer oder psychischer Beeinträchtigung
- Menschen mit Flucht- und/oder Migrationserfahrung
- Senior*innen
- Kinder und Jugendliche

Zeitpunkt und Rhythmus

Die Interviews erfolgen zu Beginn und zum Ende des Projekts. Nach der ersten Gesprächswelle (August 2018 bis Januar 2020) befragt die wissenschaftliche Begleitung dieselben Personen im Jahr 2021 erneut.

Erhebung und Auswertung

In der ersten Phase führten die Wissenschaftler*innen 70 Interviews, wobei sie 54 Adressat*innen und 16 Selbstvertreter*innen erreicht haben. Die Gespräche liegen als Audiomitschnitte vor und umfassen über 80 Stunden Material. Ihre Auswertung erfolgt mittels Inhaltsanalyse. Insgesamt bildet die Quote der geführten Interviews eine solide Basis für den zeitlichen Vergleich, der nach der zweiten Gesprächswelle gezogen wird.

Ergebnisse

Die nachfolgenden Befunde sind zwar nur vorläufig, erlauben aber einen ersten Eindruck von den Themen, Problemen und Fragen, die die Menschen vor Ort bewegen.

Eine Herausforderung für **gehörlose Menschen** besteht im Mangel an Dolmetscher*innen, der zu langen Vorlaufzeiten für die Organisation von Terminen führt. Diese Problematik zeigt sich in vielen Lebensbereichen. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist besonders erschwert. Die Gehörlosen weisen darauf hin, dass das Bereithalten von Dolmetscher*innen etwa bei öffentlichen Veranstaltungen spontaneres Handeln ermöglichen würde. Ihr Inklusionsverständnis ist einerseits geprägt durch den Wunsch nach Teilhabe aller und dem Zusammenleben von hörenden und nicht-hörenden Menschen, andererseits durch die Zugehörigkeit zur stark unter sich bleibenden Gehörlosen-Community. Den Gehörlosen ist wichtig, zwischen verschiedenen Hörschädigungen zu unterscheiden, da jede ganz eigene Bedürfnisse mit sich bringt. Die Wahrnehmung und Kommunikation vollständig Gehörloser gestaltet sich vor allem visuell.

Schwerhörige Menschen lassen sich entsprechend nicht mit gehörlosen Menschen gleichsetzen. Viele von ihnen kritisieren, dass Induktionsschleifen zwar verbreitet, aber noch kein Standard sind. Ihre Nutzung scheitert oft an fehlendem Wissen darüber, wo sie zu finden seien. Die Schwerhörigen wünschen sich deshalb, Informationen über entsprechend barrierefrei gestaltete Veranstaltungsräume gezielt an sie als Nutzer*innen weiterzugeben. Wie bei den Gehörlosen so scheint sich auch bei der Gruppe der schwerhörigen Menschen ein relativ starker Schließungsprozess im Hinblick auf die restliche Stadtgesellschaft zu vollziehen. Sie nutzt zwar die Möglichkeiten offener Veranstaltungen, hat jedoch ein großes Bedürfnis, ihre Zeit mit Menschen ähnlicher Erfahrungen und kommunikativer Fähigkeiten zu verbringen. Ihr Risiko zu vereinsamen ist entsprechend hoch. Dieser Vorgang, der mit der Sehnsucht nach Gleichgesinnten erklärt werden kann, darf nicht als bewusstes Sich-Verschließen missverstanden werden.

Menschen mit Lernschwierigkeiten wollen sich gesellschaftlich integrieren. Allerdings macht ihnen gerade die vermeintlich offene Freizeitgestaltung häufig einen Strich durch die Rechnung. Zwar nehmen die meisten von ihnen gerne an entsprechenden Aktivitäten teil, viele davon sind jedoch von einem Leistungserbringer organisiert, wodurch die Menschen mit Lernschwierigkeiten in der Regel die einzigen Teilnehmenden

bleiben. Selten gelingt es, diese Angebote zu öffnen und für andere Personen im Sozialraum attraktiv zu machen. Zudem verfügen die Menschen mit LS nur über begrenzte finanzielle Mittel für ihre Freizeitgestaltung. Dies führt dazu, dass sie abhängig von subventionierten Angeboten sind. Das Thema Abhängigkeit spielt auch beim Mobilsein eine Rolle: Menschen mit Lernschwierigkeiten sind oft auf andere angewiesen, möchten sie sich in der Kommune bewegen. Besonders, wenn sie zusätzlich eine Sinnes- oder Körperbehinderung haben. Ihr soziales Netzwerk ist meist überschaubar und beschränkt sich dann auf Angehörige und Mitarbeiter*innen von Leistungserbringern. Letztere werden mitunter als Freunde bezeichnet. Dies ist vor dem Hintergrund asymmetrischer Hilfsbeziehung ein Indiz für hohe Einsamkeit. Daneben deuten einige von ihnen an, dass sie in Heimen früher Gewalt erlebt haben – gerade ältere.

Eine zentrale Herausforderung für **Menschen mit seelischer oder psychischer Beeinträchtigung** bildet der offene Umgang mit ihrer Erkrankung. Daneben sprechen sie das Abbrechen sozialer Kontakte, Suchtverhalten, zeitweilige Wohnungslosigkeit und finanzielle Schwierigkeiten an.

Menschen mit Flucht- und/oder Migrationserfahrung erzählen von Gewalt, Diskriminierung, Ausbeutung und Ausnutzung. Nicht nur der erste Schritt des Kennenlernens in Deutschland gestaltet sich oft schwierig, auch deutsch zu sprechen sei mühsam und anstrengend für sie. Generell können viele nur bedingt lesen und schreiben. Anforderungen wie Sprachkurse, Integrationskurse und die Kommunikation mit Behörden belasten sie folglich stark. Viele Befragte sehnen sich nach einer Arbeitsstelle sowie geeignetem und bezahlbarem Wohnraum. Es kristallisiert sich außerdem heraus, dass geflüchtete oder migrierte Menschen den Begriff „Inklusion“ meist mit Behinderung verbinden, während sie für sich den Begriff „Integration“ als relevant betrachten. Hieraus entstehen Missverständnisse hinsichtlich Kommune Inklusiv. Viele Menschen aus der Zielgruppe fühlen sich von der Initiative teilweise gar nicht angesprochen.

Die Gruppe der **Senior*innen** ist sehr heterogen. Zu ihr gehören ältere Menschen mit Behinderung, Werkstatthintergrund sowie einsame oder von Vereinsamung bedrohte ältere Menschen. Barrierefreiheit und Mobilität bilden übergreifend das wohl wichtigste Thema für sie. Neben der großen Problematik der Vereinsamung fällt außerdem häufig die Frage nach der Anerkennung von Pflegestufen.

Befragte **Kinder und Jugendliche** mit Beeinträchtigungen, egal ob körperlicher, geistiger oder seelischer Art, sehen ihre Lebenssituation insgesamt sehr positiv. Den Begriff „Inklusion“ kennen sie häufig nicht. Wichtige Themen sind für sie vor allem Internet und Social Media. Als Herausforderung taucht auf, dass bestimmte Bedarfe Wohnortwechsel verlangen, um eine Schule zu besuchen, oder die jungen Menschen weit dafür fahren müssen. Dies verschärft sich oft mit dem weiteren Bildungsweg.

Nach der ersten Gesprächsrunde fällt auf, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten sowie Menschen mit Fluchtmigrationserfahrung wenig bis gar nicht in den bisherigen Projektverlauf eingebunden sind. Teilweise haben die Wissenschaftler*innen für die Interviews daher mit Ersatz-Befragten sprechen müssen. Das hängt damit zusammen, dass die entsprechenden Selbstvertretungen oft nicht oder nur wenig organisiert sind, und geht einher mit mangelndem Empowerment innerhalb dieser beiden Zielgruppen. Diese Tendenz unterscheidet sich zielgruppenabhängig, gerade die Zielgruppen der Menschen mit Lernschwierigkeiten sowie Fluchterfahrung scheinen schlecht repräsentiert.

3.4 Bundesweite Inklusionsbefragung

Ziel

Die Befragung „Einstellung(en) zu Inklusion“ ist eine umfassende Einstellungsmessung zu Inklusion innerhalb der Gesamtbevölkerung. Sie liefert ein bundesweites Stimmungsbild, wie sich die Menschen zu Inklusion verhalten und welche Ideen, Ansprüche und Ängste sie mit ihr verbinden. Die Befragung bildet einen Referenzrahmen für die Untersuchungen der Ebenen 1, 2 und 3. Das bedeutet, dass sie die Wissenschaftler*innen unterstützt, die in den Modellkommunen erhobenen Daten besser einordnen und verstehen zu können.

Methode und Instrument

Die Befragung wurde über einen Online-Fragebogen durchgeführt, der streng genommen nicht mit Fragen, sondern mit Aussagen arbeitete. Auf einer siebenstufigen Skala gaben die Teilnehmer*innen den Grad ihrer Zustimmung zu der jeweiligen Aussage an, von 1 (= stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (= stimme voll und ganz zu). Inhaltlich bezogen sich diese auf die Lebensbereiche Wohnen, Arbeit, Freizeit und Schule. Insgesamt bestand der Fragebogen aus einem kurzen generellen Teil mit übergeordneten Aussagen, jeweils 15 Aussagen pro Lebensbereich und den personenbezogenen Daten.

Zeitpunkt und Rhythmus

Die Befragung fand im Jahr 2018 in zwei Wellen statt: die erste vom 21. bis zum 23. Februar, die zweite vom 7. bis zum 9. Mai.

Erhebung und Auswertung

Für die Erhebung wurde ein externes Marktforschungsinstitut beauftragt. Dieses führte die Befragung hinsichtlich der Kategorien Alter, Geschlecht, Bildung und Region bevölkerungsrepräsentativ durch. Die 3.695 auswertbaren Datensätze verteilen sich jeweils zur Hälfte auf Frauen und Männer. Das Alter der durchschnittlichen Befragten liegt bei 49 Jahren, wobei die Altersspanne von 18 bis 95 reicht. 12 % aller Teilnehmenden haben Migrationshintergrund, 43 % sind hauptbeschäftigt angestellt, 26 % im Ruhestand. Etwas weniger als die Hälfte der Befragten ist regelmäßig mit Menschen mit Behinderung zusammen (47 %).

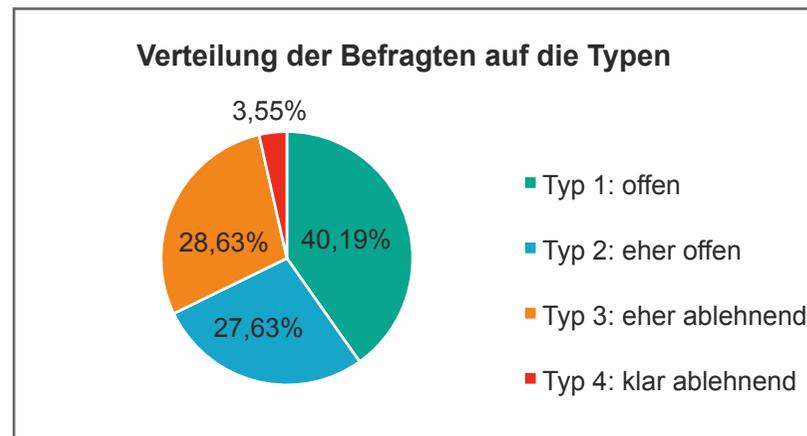
Die Wissenschaft hat zum einen eine deskriptive Auswertung der Daten vorgenommen. Zum anderen hat sie nach signifikanten – also statistisch aussagekräftigen, abgrenzbaren und nicht-zufälligen – Beantwortungsmustern gesucht. So konnte sie hinsichtlich der Einstellung zu Inklusion vier allgemein gültige Typen ermitteln.

Ergebnisse

Das Kreisdiagramm zeigt die Verteilung der Befragten auf die unterschiedlichen **Einstellungstypen**. Sie zeichnen sich durch verschieden stark ausgeprägte Zustimmungsggrade zu Inklusion aus.

- Typ 1: *offen* → hohe Zustimmung zu Inklusion
- Typ 2: *eher offen* → höhere Zustimmung zu Inklusion
- Typ 3: *eher ablehnend* → mittlere Zustimmung zu Inklusion
- Typ 4: *klar ablehnend* → niedrige Zustimmung zu Inklusion

Wie hoch die Zustimmung der einzelnen Cluster durchschnittlich beim Wohnen, bei der Arbeit und in der Freizeit ausfällt, ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.



Durchschnittlicher Zustimmungsggrad zu Inklusion nach Handlungsfeld

	Cluster 1: offen	Cluster 2: eher offen	Cluster 3: eher ablehnend	Cluster 4: klar ablehnend
Wohnen	88,15 %	67,12 %	51,04 %	27,21 %
Arbeit	87,87 %	66,16 %	49,64 %	22,09 %
Freizeit	90,63 %	72,92 %	51,05 %	29,33 %

Die Befragten sind durchweg eher positiv gegenüber Inklusion eingestellt, wobei abermals die besonders günstigen Bedingungen von Freizeit-Aktivitäten hervortreten. Sogar die eher oder klar Ablehnenden erreichen in diesem Bereich Zustimmungsggrade von über 50 beziehungsweise rund 30 Prozent. Grundsätzlich gibt es in allen Lebensbereichen inklusives Potenzial.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass ein **großer Teil der Befragten offen beziehungsweise positiv gegenüber Inklusion eingestellt** ist. Die Anzahl derer, die Inklusion ablehnen, fällt sehr niedrig aus: 40 % und damit die meisten gehören dem inklusionsoffenen Typen 1 an, ein nur sehr geringer Anteil dem verschlossenen vierten Typen (3,55 %). Dem hohen Anteil, der sich aufgeschlossen gegenüber Inklusion zeigt, steht allerdings ein noch größerer Anteil gegenüber, der sich nicht richtig entscheiden kann. Inklusion scheint zwar etwas zu sein, das in der Breite befürwortet wird, die vergleichsweise hohen Werte bei den Typen 2 und 3 zeigen aber auch, dass die Einstellung innerhalb der Bevölkerung noch nicht gefestigt und häufig unklar ist. Beide Gruppen machen zusammen über die Hälfte aller Befragten aus (56,26 %). Diese beiden Lager prägen die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu Inklusion.

Zustimmungsgrad zu den übergeordneten Thesen nach Einstellungstyp

	Typ 1: offen	Typ 2: eher offen	Typ 3: eher ablehnend	Typ 4: klar ablehnend
<i>Ich interessiere mich für das Thema Inklusion.</i>	66,84 %	46,23 %	31,57 %	17,81 %
<i>Ich habe mich bereits mit dem Thema Inklusion auseinandergesetzt.</i>	56,04 %	40,24 %	34,63 %	39,44 %
<i>Die Umsetzung von Inklusion ist mir ein persönliches Anliegen.</i>	57,13 %	35,37 %	29,74 %	3,82 %
<i>Ich wäre bereit, eine höhere Steuerlast zu tragen, um Inklusion in Deutschland möglich zu machen.</i>	44,87 %	28,52 %	25,30 %	1,65 %

Aus den Antworten auf die übergeordneten Thesen kann man schließen, dass sich grundsätzlich alle Typen von Befragten schon mit Inklusion befasst haben. Das **Thema ist also in der Mitte der Gesellschaft angekommen** und die Menschen setzen sich damit auseinander – unabhängig davon, wie sie Inklusion gegenüber letztendlich eingestellt sind. Ein Interesse führt dabei zwar meistens, aber nicht immer zu einer offenen Haltung. Es gibt durchaus Menschen, die sich für Inklusion interessieren, diese allerdings eher oder klar ablehnen. Zentral für eine positive Einstellung ist die Frage, ob Inklusion als persönliches Anliegen betrachtet wird. Dabei geht eine positive Einstellung zu Inklusion nicht zwingend mit Handlungsbereitschaft einher. Die Zustimmung unter den Befragten sinkt nämlich, wenn es um die Umsetzung von Inklusion geht und nicht mehr „nur“ um Interesse oder die thematische Beschäftigung. Sobald es nötig wird, zu handeln und Dinge wirklich zu verändern, scheinen viele Menschen zurückzuschrecken.

Die bundesweite Inklusionsbefragung lässt sich deshalb als **klarer Handlungsauftrag** verstehen. Es muss die Frage gestellt werden, wie sich die vielfach positive Einstellung und die damit einhergehenden Potenziale nutzen lassen. Eine offene Haltung ist noch keine Garantie für mehr Inklusion. Sie sollte auch zu Engagement führen. Unsicherheiten, Unwissen und Ängste, die sich vor allem durch die Dominanz der Einstellungstypen 2 und 3 zeigen, müssen aufgegriffen und bearbeitet werden. Skeptiker*innen sollte klar werden, dass Inklusion nicht nur für Minderheiten wichtig ist, sondern letztendlich auch für *sie*. Denn jede*r kann im Laufe des Lebens in Situationen geraten, die Teilhabe einschränken und die Gefahr von Ausschluss mit sich bringen. Eine Verankerung des breiten Inklusionsbegriffes scheint deshalb wichtig wie nie.

Die Inklusionsbefragung zeigt abermals, dass der **Lebensbereich Freizeit ein besonderes Potenzial für Begegnung** birgt. Sowohl bei der nicht näher ausgeführten deskriptiven Betrachtung als auch bei der Analyse der Einstellungstypen positionieren sich die Teilnehmer*innen Inklusion gegenüber hier deutlich aufgeschlossener als in Bildungs- oder Arbeitskontexten: Sie erwarten nicht nur positive Effekte für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Darüber hinaus halten sie auch die Umsetzung von Inklusion generell für einfacher. Nicht zuletzt kann hier sogar die in andere Bereiche schwer einbindbare Gruppe der Menschen mit Demenz Kontakte knüpfen.

3.5 Abschließende Einordnung

Die Ergebnisse der Maßnahmenevaluation (Ebene 1), der Sozialraumanalysen (Ebene 2), der Einzelfallstudien (Ebene 3) und der deutschlandweiten Inklusionsbefragung lassen sich zu unterschiedlichen Erkenntnissen verdichten.

Enges Verständnis von Barrierefreiheit

Insbesondere bei der Sozialraumanalyse (Ebene 2) ist die Frage nach Barrierefreiheit zentral. Das Sozialraum-Monitoring, die ethnographischen Sozialraum-Begehungen und die Handlungsfeld-Untersuchungen Arbeit und Freizeit ergeben übergreifend, dass in der Gesellschaft ein eher eindimensionales und auf Mobilität verkürztes Verständnis von Barrierefreiheit vorherrscht. Barrierefrei scheint oft ein Synonym für rollstuhlgeeignet zu sein. Dem geschuldet werden Hindernisse auch primär in Bezug auf Mobilitätseinschränkungen abgebaut. Etwa durch Rampen oder breite Türen. Andere Bedarfe hingegen, wie es sie in den Bereichen Sehen, Hören, Lesen/Verstehen oder Fremdsprachen gibt, geraten oftmals aus dem Blick. Barrierefreiheit ist vielschichtig und sollte entsprechend mehrdimensional abgewogen werden. Zumal sie nicht nur für Menschen mit Unterstützungsbedarfen bedeutsam ist, sondern allen zugutekommt. Letztendlich kann jede*r im Laufe des Lebens in die Situation beschränkter Teilhabe geraten, allein im Zuge des Älterwerdens. Daher bildet das Thema **Barrierefreiheit ein verbindendes Element** und kann dazu beitragen, Inklusion als persönliches Anliegen zu erfahren.

Inklusion als Anliegen verändert die Einstellung

Die bundesweite Befragung ergibt, dass je mehr das Thema Inklusion jemandem persönlich bedeutet, desto positiver auch die individuelle Einstellung hierzu ausfällt. Fühlt sich ein Mensch von Inklusion angesprochen, betrachtet sie als persönliches Anliegen und gesamtgesellschaftliche Aufgabe zugleich, hat er oder sie insgesamt eine positivere Haltung und eine höhere Handlungsbereitschaft. Dies zeigt sich an dem Teilergebnis, dass die Zustimmung zu Inklusion mit zunehmendem Alter steigt. Erklären lässt sich dies dadurch, dass je älter Menschen werden, auch die Chance umso höher ist, dass sie selbst einen Unterstützungsbedarf entwickeln oder in Kontakt zu solchen Menschen kommen. Auch Kontakt zu Menschen mit Lernschwierigkeiten wirkt sich positiv auf die Einstellung zu Inklusion aus. Allerdings ist nicht nur der Kontakt an sich, sondern auch die Art und Weise beziehungsweise die Qualität des Kontakts relevant.

Begegnung und Kontaktmöglichkeiten in der Freizeit

Regelmäßiger persönlicher Kontakt hilft, gegenseitige Vorbehalte und Ängste abzubauen, wodurch wiederum Teilhabebarrrieren schwinden. Im Bereich Freizeit zeigt sich das besonders deutlich. Laut den Handlungsfeld-Untersuchungen (Ebene 2) schätzen die Interviewten die Möglichkeit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Menschen mit Fluchtmigrationshintergrund und Menschen mit Demenz im Bereich Freizeit deutlich höher ein als etwa im Handlungsfeld Arbeit. Hier ist es in besonderem Maße möglich, Teilhabebarrrieren zu beseitigen, Begegnung zu schaffen

oder Einsamkeit und Isolation zu überwinden. Denn die Menschen bewegen sich hier mehr auf Augenhöhe, Hierarchien gibt es eher selten. Dass Begegnung enorm wichtig ist, ergeben die Untersuchungen aller drei Ebenen sowie die bundesweite Inklusionsbefragung. Bei letzterer ist Freizeit der Bereich, in dem sich die Teilnehmer*innen am positivsten zu Inklusion positionieren. Dort, wo sich Begegnung vollzieht, wird diese als gelungen und meistens bereichernd wahrgenommen. Trotz des enormen Potenzials von Freizeitaktivitäten, sollten die Lebensbereiche Arbeit und Wohnen nicht vernachlässigt werden. Zwar zeigt die Inklusionsbefragung, dass die Befragten Inklusion in Arbeits- und Wohnkontexten durchwachsener sehen als im Bereich Freizeit, gerade das bedeutet aber, dass hier gehandelt werden kann.

Lernschwierigkeiten bringen Ausschluss mit sich

Sowohl die Analyse der Sozialräume (Ebene 2) als auch die Einzelfallstudien (Ebene 3) zeigen, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten verstärkt von Ausschluss bedroht oder betroffen sind. Ihre Teilhabe wird zum einen dadurch verhindert, dass es oft niemanden gibt, der sie zu bestimmten Angeboten begleitet. Zum anderen ist neben Wohn- und Arbeitsangeboten eine Vielzahl ihrer Freizeitaktivitäten einrichtungsbezogen organisiert, sodass Aktivitäten außerhalb nicht in Betracht gezogen werden. Lernschwierigkeiten werden so zu einer Ausschlusskategorie. Vor allem die bei den Einzelfallstudien interviewten Menschen mit Lernschwierigkeiten empfinden ihren Ausschluss als teilweise sehr stark. Laut der deutschlandweiten Inklusionsbefragung haben viele Teilnehmer*innen keinen regelmäßigen Kontakt zu ihnen. Ein zentrales Handlungsfeld könnte daher sein, Menschen mit Lernschwierigkeiten den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zu ermöglichen und Assistenzen bereitzustellen, damit sie diese Beziehungen pflegen und erhalten können. Auch wenn sich die bundesweit Befragten gegen eine gänzliche Abschaffung exklusiver Arbeits-, Wohn- und Bildungseinrichtungen aussprechen, sollten komplett exklusive Strukturen zumindest kritisch hinterfragt und graduell in Richtung der Mehrheitsgesellschaft geöffnet werden. Auf Ebene 3 wünschen sich Selbst-Vertreter*innen mit Lernschwierigkeiten ebenso wie einige (adressierte) Menschen mit Lernschwierigkeiten, dass gesellschaftlich mehr Leichte Sprache verwendet wird. Dieser wohnt zwar einerseits ein ausschließendes Moment inne, das zur Teilhabebarriere werden kann, ermöglicht jedoch gleichzeitig Empowerment und Selbstermächtigung. Zudem kommt sie Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund zugute und ist eine wichtige Dimension von Barrierefreiheit.

Was heißt Inklusion?

Inklusion wird in der Mehrheitsgesellschaft häufig zu eng gefasst. Die öffentliche Debatte beschränkt den Begriff entweder auf den Bereich Bildung, bezieht ihn auf die Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder kombiniert diese beiden dominierenden Ansichten: Inklusion gilt dann als gemeinsamer Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung. Die Einzelfallstudien (Ebene 3) bestätigen diese unscharfen Inklusionsverständnisse. Sie ergeben, dass nicht alle Menschen den Begriff Inklusion auf dieselbe Weise verstehen oder überhaupt kennen. Beim Themenkomplex Flucht und Migration ist zudem die Abgrenzung der Begriffe „Integration“ und „Inklusion“ schwierig. „Integration“ taucht im Zusammenhang mit Flucht und Migration auf, während „Inklusion“ als behinderungsspezifisches Thema gilt. Aus dieser Verwendung können Missverständnisse entstehen, sodass sich bestimmte Gruppen möglicherweise nicht von für sie gedachten Angeboten angesprochen fühlen. Im

Rahmen der Einzelfalluntersuchungen tritt außerdem hervor, dass sich die Selbstvertretungen in ihrer Organisation und in ihrem gesellschaftlichen Einfluss erheblich unterscheiden. Vor allem bei Menschen mit Lernschwierigkeiten und Fluchtmigrationshintergrund ließe sich einiges verbessern.

Vorbehalte, Unsicherheiten und Ängste innerhalb der Mehrheitsgesellschaft

Die Sozialraumanalysen (Ebene 2) verweisen darauf, dass Menschen vor Ort teilweise gar nicht oder nur bedingt um Barrieren für Menschen mit Behinderung, Menschen mit Demenz oder Menschen mit Fluchtmigrationshintergrund wissen. Handlungsfeld-Untersuchungen und ethnographische Sozialraum-Begehungen zeigen, dass es oft negativ konnotierte Bilder bezüglich der Kategorie Behinderung gibt sowie Vorbehalte, Unsicherheit und Ängste gegenüber Inklusion. Die teilweise ambivalenten Haltungen im Rahmen der deutschlandweiten Inklusionsbefragung sowie die Tatsache, dass sich die meisten Befragten hinsichtlich ihrer Einstellung gegenüber Inklusion den unentschlossenen Typen 2 und 3 zuordnen lassen, sind ebenfalls Ausdruck einer gewissen Vorsicht oder Skepsis und zeugen von einem hohen Handlungsbedarf.

4. Ausblick

Die Zwischenergebnisse werden ihrem Namen gerecht. Sie bilden ein „Dazwischen“ und zunächst noch eine Momentaufnahme. Zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung sind die Erhebungen aber bereits wieder weiter fortgeschritten und haben neue Ergebnisse zutage gebracht, die im Laufe der Zeit ausgewertet werden. An dieser Stelle sind die unmittelbar nächsten Schritte der Begleitforschung beschrieben:

- **Ebene 1:** Bis zum Abschluss von Kommune Inklusiv erstellen die Wissenschaftler*innen laufend Fragebögen, mit denen die Maßnahmen von den jeweiligen Teilnehmer*innen bewertet werden. In den kommenden Monaten liegt der Fokus auch auf den Folgerhebungen. Diese sind im Oktober 2019 angelaufen und generieren immer mehr Rückläufe. Auch insgesamt ist auf Ebene 1 eine Zunahme der Rückläufe bemerkbar.
- **Ebene 2:** Das Sozialraum-Monitoring läuft bis zum Ende des Projekts durchgehend. Daneben wertet die Wissenschaft in den nächsten Monaten die zweite Welle der Handlungsfeld-Untersuchungen sowie die Haushaltsbefragungen im Rahmen des Sozialraum-Surveys aus. Die letzten Wellen der Handlungsfeld-Untersuchungen sowie der Haushaltsbefragungen finden im zweiten Halbjahr 2021 statt.
- **Ebene 3:** Ab April 2021 ist die zweite und abschließende Erhebungsphase geplant. Bis dahin pflegt die Wissenschaft den Kontakt mit ihren bisherigen Gesprächspartner*innen. Ziel ist es, die Befragung mit mindestens zwei Dritteln von ihnen fortzuführen, sowohl mit jenen aus den Zielgruppen als auch der Selbstvertretung. Hierfür werden in den nächsten Monaten besonders markante Fälle ausgewählt.

Auch wenn Kommune Inklusiv noch läuft und die bisherigen Einblicke keine endgültigen sind, ergeben sich weiterführende Fragen. Allen voran die, wie **Inklusion zu einem persönlichen Anliegen** werden kann. Es hat sich gezeigt, wie wichtig es dafür ist, den weiten Inklusionsbegriff stärker in der (Stadt-)Gesellschaft zu verankern. Inklusion umfasst nämlich nicht nur Menschen mit Behinderung oder besonderen Bedarfen – sondern alle. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Dies sollte nicht nur Skeptiker*innen und Unentschlossenen vor Augen geführt werden, sondern ebenso immer wieder jenen, die Inklusion gegenüber bereits offen eingestellt sind. Auch aufgeschlossene Menschen benötigen häufig einen Anker, einen Impuls, damit sie beginnen, sich aktiv zu engagieren.

Eine Frage, die sich direkt hieran anschließt, ist die der **Strahlkraft der Modellinitiative**. Offene Menschen lassen sich relativ leicht für Inklusion mobilisieren. Doch wie können jene Menschen erreicht werden, die sich bislang kaum oder gar nicht mit dem Thema verbunden fühlen? Welche Informationskanäle sollten gewählt werden? Und wie müssen welche Informationen aufbereitet sein, um diese Gruppe auch wirklich anzusprechen? Es gilt, die allgemeingesellschaftliche Debatte anzuregen, Inklusion zugänglicher zu machen und den kritischen Austausch zu fördern, um Irrtümer und Vorurteile abzubauen. **Bedenken, Unsicherheiten und Ängste bilden eine große Chance**. Der nächste Schritt besteht darin zu fragen, wie Begegnung und gemeinsame Lebenspraxen ermöglicht und konkret gestaltet werden können.

In den Kommunen gibt es dafür bereits einige **Vorreiterprojekte**. Zum Beispiel das sich in Planung befindende Rostocker Übergangs-Management für Werkstatt-Beschäftigte in den Ruhestand oder den Tag der offenen Tür des gemeindepsychiatrischen Zentrums in Schwäbisch Gmünd. In Schwaben fährt der Rollstuhl-Kurier, dessen Arbeit dazu beiträgt, die öffentliche Wahrnehmung von Menschen mit Unterstützungsbedarf zu verändern. Er liefert auf Bestellung die Einkäufe zu den Kund*innen eines im Zentrum ansässigen Supermarktes nach Hause oder während der Mittagspause zur Arbeitsstelle. Öffentliche Ausstellungen wie der „Barrieresprung“ in Erlangen tragen ebenso zur Bewusstseinsbildung bei wie alternative Informationskanäle wie die Schneverdinger Leitfäden für Arbeitgeber*innen und Anbieter*innen von Freizeitangeboten. In der Verbandsgemeinde Nieder-Olm ist im Zuge von Kommune Inklusiv eine Clearing-Stelle eingerichtet worden. Hier können sich Menschen mit Fluchterfahrung zum Thema Ausbildung und Beschäftigung beraten lassen. Es werden auch erste Kontakte zu Firmen vermittelt.

Wenn auch Sie eine Idee haben, wie sich das Zusammenleben vor Ort bunter gestalten lässt, zögern Sie nicht und setzen Sie sich für Ihre Idee ein. Heute und jetzt.

5. Weiterführende Informationen

Sie haben noch Fragen? Für weitere Informationen zum wissenschaftlichen Vorgehen können Sie sich an folgende Ansprechpartner wenden:

Prof. Dr. Dieter Katzenbach

Goethe-Universität Frankfurt
Fachbereich Erziehungswissenschaften
Institut für Sonderpädagogik
Theodor-W.-Adorno-Platz 6
60323 Frankfurt am Main
d.katzenbach@em.uni-frankfurt.de

Prof. Dr. Hendrik Trescher

Philipps-Universität Marburg
Institut für Erziehungswissenschaften
Bunsenstraße 3
35032 Marburg
hendrik.trescher@uni-marburg.de

Aktion Mensch e.V.

Kommune Inklusiv
Heinemannstraße 36
53175 Bonn
Telefon: 0228 2092-234
kommune-inklusiv@aktion-mensch.de